

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/115

Bonn, den 22. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Kein Grund zur Freude

23

Durcheinander in der Deutschlandpolitik  
bei den Regierungsparteien immer größer

1

GLOSSE:

17

Preisfrage

Wer ist für die Wiedervereinigung ?

2

Wieder einmal Schleswig-Holstein

48

Hohe Polizeibeamte im Kreuzfeuer des Parlaments - 60 von 120  
Oberbeamten sind "tatverdächtig", oder kommen von der Gestapo

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND LINGLIEDERUNG bringt heute:

Herbert WEHNER: In der Verpflichtung für ganz Deutschland

Rechtsstandpunkt unverrückbar zur Geltung bringen

Fehleinschätzung Polens

JAKSCH zum Münchner Abkommen

Politik eigener deutscher Initiativen gefordert

Sudetendeutsche verurteilen Untaten Hitlers

Kritik an Bundesausgleichsamt

+ + +

### Kein Grund zur Freude

sp - Wenn noch ein Beweis notwendig gewesen wäre, um das völlige Durcheinander in der Deutschlandfrage bei der CDU/CSU zu dokumentieren, dann ist dieser jetzt erbracht worden. Nach dem Barzel-Sturm, dem Strauß-Gewitter und der Erhard-Flaute konnte sich die CDU einige Stunden lang am Dienstagnachmittag wieder einmal jener glatten Geschlossenheit rühmen, die allerdings schon immer nur notdürftig die Uneinigkeit verbirgt. Kurz danach erteilte Altbundeskanzler Adenauer seinen Jüngern schon wieder eine neue Lektion. Die Amerikaner könnten nicht mehr die Führungsrolle des freien Westens übernehmen, die Bundesrepublik solle sich hüten, in Washington amerikanische Waffen zu kaufen, und wenn man überhaupt Europa bauen wolle, dann nur zusammen mit Frankreich und der Bundesrepublik. Wie es heißt, hat Adenauer auf einer Wahlversammlung in Düsseldorf viel Beifall für diese Ratschläge erhalten. Der Bundesbürger und die Regierungen der mit uns befreundeten Nationen können sich jetzt aussuchen, welche Art von Deutschlandpolitik die Adenauer-Erhard-Barzel-Strauß-Partei jetzt ernsthaft ansteuern will.

Alle diese Feststellungen sind kein Grund zur Freude. Im Gegenteil, wenn das so weitergeht, wird die Bundesrepublik sehr bald zwischen sämtlichen Stühlen sitzen. Deswegen: Bei dem für den 28. Juni anberaumten Parteiengespräch über die noch vorhandenen Möglichkeiten einer konstruktiven Deutschlandpolitik muß endlich verbindlich von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien erklärt werden, welche Vorstellungen sie tatsächlich haben.

+ + +

#### GLOSSE:

#### Preisfrage

Wer ist für die Wiedervereinigung ?

G.P. - Wenn Worte und Feststellungen einen Sinn haben, dann dürfte der Bundesrepublikaner demnächst vor eine kitzlige Preisfrage gestellt werden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und mit ihr deren Vorsitzender, Herr Dr. Rainer Barzel, haben erklärt, die ablehnende Haltung Moskaus zu der Barzel-Rede in New York sei der Beweis dafür, daß die Sowjetunion die Wiedervereinigung nicht wolle.

Nur hat aber die gleiche Bundestagsfraktion der CDU/CSU ebenfalls die Vorschläge Barzels, enthalten in dessen New Yorker Rede, abgelehnt. Was geschieht nun, wenn man daraus in Moskau messerscharf schließt, daß auch die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag die Wiedervereinigung nicht wolle?

Zugegeben, diese Gegenüberstellung von zwei Ablehnungen einer gleichen Sache führt zu komplizierten Gedankengängen. Aber wie das manchmal so geht, in der Hitze parteiinterner Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen "Flügeln" der stärksten Regierungsparteien ist schon häufig etwas Kompliziertes heraus gekommen. Was in solchen Fällen dem Bundesbürger übrigbleibt, ist eine Preisfrage.

+ + +

### Wieder einmal Schleswig-Holstein

Hohe Polizeibeamte im Kreuzfeuer des Parlaments - 60 von 120  
Oberbeamten sind "tatverdächtig", oder kommen von der Gestapo

lk - Die Gewerkschaft der Polizei und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr haben ein vom Bundestag zu erlassenes Gesetz angeregt, wonach vor allem Polizeioberbeamte, die während des Krieges im Osten an schweren Straftaten teilgenommen haben, auf ihren Wunsch vorzeitig in Pension geschickt werden können. Die Innenminister der Bundesländer erörtern ein gleichlaufendes Projekt seit einiger Zeit. Nach dem Stand der Verjährungsgesetze kann heute nur noch bestraft werden, wer vorsätzlich und aus niedrigen Beweggründen an Massenerschießungen von Juden, Polen und Russen im Osten teilgenommen hat; Wo aber niedere Beweggründe und Vorsatz nicht nachgewiesen werden, das Schuldbewußtsein fehlte oder der Befehlstand anerkannt wird, gibt es keine Strafe mehr. Es gibt aber noch recht viele Polizei-Oberbeamte, die formal nicht mehr zu bestrafen sind, aber heute in maßgebenden Schlüsselstellungen sitzen.

Wie schwerwiegend das Problem ist, zeigte sich bei der kürzlich stattgefundenen Polizeidebatte im schleswig-holsteinischen Landtag. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Gerhard Strack legte eine Dokumentation vor und richtete bittere Fragen an den Innenminister von Schleswig-Holstein, Dr. Hartwig Schlegelberger (CDU).

Nach Strack sitzt im Landeskriminalpolizeiamt in Kiel ein Oberbeamter zur besonderen Verwendung. Er soll einmal die erwarteten Notstandsgesetze bearbeiten. Dabei ist er des Mordes verdächtigt und gab selbst zu, "an der Grube" bei Judenerschießungen ohne Gerichts-urteil gestanden zu haben. Wenn ein verantwortlicher Minister überhaupt Notstandsgesetze diskreditieren kann, so geschieht es auf diesem Wege, auf dem Wege der Freistellung von derartigen Oberbeamten.

Man erfuhr aus dem Munde von Strack, daß 60 von 120 Oberbeamten in der schleswig-holsteinischen Polizei in der in Frage kommenden Altersklasse zwischen 50 und 60 Jahren im Zusammenhang mit laufenden Verfahren als erfaßte Zeugen, als Tatverdächtige oder als von der Gestapo gekommen genannt worden sind. Strack fragte, ob der Leiter der kriminalpolizeilichen Ausbildung Beschuldigte ist und ob Beschuldigte sehr viel früher zu Lehrgängen geschickt und befördert wurden (während ein Verfahren gegen sie lief) als andere unbelastete Beamte. Weiter die Frage, ob ein sehr hoher Oberbeamter der Adjutant Himmlers war...

Man sollte sich nicht den Argumenten verschließen, die der Landesvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Joachim Steffen im Kieler Landtag vorbrachte. Jetzt, wo man Vertrauen für den Notstand verlange, sei eine derartige Personalpolitik nicht zu verantworten, denn sie biete keine Garantie gegen den Machtmißbrauch im Notstand. Es muß nicht sein, daß heute noch Oberbeamte, die an Verbrechen von gestern teilnahmen, im Amt sind, denn es gibt genug andere fähige und vor allem jüngere Polizeibeamte. Steffen schloß mit den Worten: "Wir brauchen eine Regierung, die sicherstellt, daß bei der Führungskräften der Polizei aus alter Schuld nicht neues Verhängnis wird".